



Pressemitteilung

Nummer 155 vom 26. Juni 2014
Seite 1 von 2

Hausanschrift
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

+49 (0)30 18 529 – 3170
+49 (0)30 18 529 – 3179

pressestelle@bmel.bund.de
www.bmel.de

Schmidt: „Unternehmerischer Einsatz muss sich in der Landwirtschaft auch in Zukunft lohnen“

Bundeslandwirtschaftsminister zu Gast beim Deutschen Bauerntag

Beim Deutschen Bauerntag 2014 in Bad Dürkheim, bei dem rund 600 Vertreter der Landwirtschaft über die Zukunft der Landwirtschaft diskutieren, hat sich **Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt** am Donnerstag klar zum Unternehmertum in der deutschen Landwirtschaft bekannt. „Ich setze auf eine verlässliche Agrarpolitik als Fundament einer vorrausschauenden Betriebsplanung und eine effektive Verknüpfung von Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Erfolg. Nur so können wir unseren Platz am Markt behaupten und auch in Zukunft hochwertige Lebensmittel für den Wochenmarkt, aber auch für den Weltmarkt produzieren“, sagte Schmidt.

Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit sind für Schmidt auch die zentralen Elemente bei der europäischen Agrarreform, die derzeit in deutsches Recht umgesetzt wird. „Am Ende der Verhandlungen steht ein gutes Plus an Nachhaltigkeit und eine gute Perspektive für eine bäuerliche Landwirtschaft. Es ist uns gelungen, die Direktzahlungen weitgehend zu sichern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft zu erhalten“, sagte Schmidt. Die Direktzahlungen in Höhe von 4,8 Milliarden Euro jährlich machen bis zu 30 Prozent der landwirtschaftlichen Einkommen aus und sind ein finanzieller Ausgleich für die hohen europäischen Standards zugunsten von Umwelt, Tierwohl, Hygiene und Gesundheit, die der Weltmarktpreis allein nicht abdeckt. Außerdem tragen sie zur Einkommens- und Risikoabsicherung bei. Zusätzliches Rückenwind erhalten gerade kleine und mittlere Familienbetrieben durch einen Zuschlag für die ersten Hektare und eine Extrazahlung für Junglandwirte.



Der Bundesminister sprach auch über praxistaugliche Lösungen beim Tierwohl. „Wo Kritik gerechtfertigt ist, müssen wir Anpassungen vornehmen. Unser Ziel ist es, europaweit höhere Standards zu verankern. Dafür brauchen wir jedoch mehr als reine Verbotspolitik. Ich setze auf die Wissenschaft und die Suche nach realistischen Alternativen“, erklärte Schmidt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium werde Forschung und Wissenstransfer deshalb noch weiter vorantreiben mit dem Ziel, bereits erzielte Ergebnisse für die tägliche Arbeit der Tierhalter nutzbar zu machen. Das spiegele sich auch in der aktuellen Haushaltsplanung des Ministeriums wieder: „Allein für Modell- und Demonstrationsvorhaben in der Tierhaltung, Innovationen in einer nachhaltigen Nutztierhaltung und die Minimierung von Antibiotika in der Lebensmittelkette stehen in den kommenden drei Jahren insgesamt 63 Millionen Euro zur Verfügung. Damit geben wir einen klaren Weg vor.“

Ein nachhaltiger Schutz der Ressourcen beinhaltet laut Schmidt auch den besonnenen Umgang mit grüner Gentechnik. „Wir können die Risiken grüner Gentechnik nicht endgültig abschätzen – und wir brauchen diese Technologie in Deutschland auch nicht. Ich habe mich deshalb in Brüssel erfolgreich dafür stark gemacht, dass künftig regionale Anbauverbote für Genpflanzen erlassen werden können. Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber dem Schutz der Umwelt und den Interessen der Verbraucher ernst und haben in Europa für Klarheit gesorgt“, erklärte Schmidt.

Bei der von der EU-Kommission geplanten Reform der Rechtsvorschriften für den Ökolandbau will Schmidt die Interessen der Verbraucher und der Ökobauern miteinander berücksichtigen: „Die Verbraucher wollen immer mehr Bioprodukte, möglichst aus der Region. Diesen Trend müssen wir ernst nehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Ökolandbau mit derart überzogenen Forderungen belegt wird, dass er wieder in der Nische verschwindet und die Biobauern reihenweise aufgeben.“